

Das Aufweichen demokratischer Strukturen!

Die AfD Oberhausen lehnt die Übernahme der Ratsaufgaben durch den Hauptausschuss ab und fordert die Ratsmitglieder zur Ablehnung dieses Vorhabens auf.

In der aktuellen Corona-Debatte sieht die AfD die Krisenbekämpfung als höchste Priorität demokratischer Institutionen und bewertet bereits den Versuch, eine Abstimmung über eine solche Vorgehensweise stattfinden zu lassen, als Tendenz zur Demokratieaufweichung durch verantwortliche Initiatoren einer solchen Maßnahme. Bezogen auf dieses drastische Vorgehen, stellt der Kreisverband neben der Frage nach der Verhältnismäßigkeit fest, dass dieses sich nicht automatisch durch die Corona-Situation rechtfertigen lässt. Dass hier ein in der Zusammensetzung nach Gruppen und Fraktionen modifizierter Hauptausschuss die unmittelbar gewählte Institution „Rat der Stadt“ ablösen soll, kommt noch demokratiebelastend hinzu. Denn die politische Legitimation zur parlamentarischen Entscheidung eines Ausschussmitgliedes ist geringer als die eines Stadtrates.

Die Verlagerung der Entscheidungs-Ebene wird als „vorübergehend“ bezeichnet. Eine klare zeitliche Begrenzung dieser Ermächtigung, zumindest was eine verbindliche Überprüfung angeht, ist somit nicht gegeben. Dass diesem Ausschuss auch noch die Vollmacht zur Fassung sämtlicher (!) Beschlüsse übereignet werden soll, bewerten wir als Totalisierungs-Tendenz, deren kommunalrechtliche Zulässigkeit auch noch Fragen aufwirft!

Als scheinbare Legitimation für ein solches Vorhaben wird zum einen auf eine medizinisch-fachliche Argumentation zu Ansteckungsrisiken, trotz aller Widersprüchlichkeit auch unter Experten, verwiesen. Dazu stellt die AfD Oberhausen fest, dass die Erkenntnisse von Wissenschaft und Forschung grundsätzlich nicht auf mehrheitlicher Expertenmeinungen beruhen müssen. Der Konsens einer vermeintlichen Mehrheit stellt hier, wie auch in der Politik (!), keine Garantie für die Richtigkeit einer Maßnahme dar.

Des weiteren wird eine Möglichkeit zur Wahrung eines vorgeschriebenen „Abstandgebotes“ unwidersprochen als nicht einhaltbar bezeichnet. Der Kreisverband zweifelt diese bewertende Feststellung an und verweist, im Zeitalter moderner Medienübertragung mit Video-Technologie, auf alternative Möglichkeiten einer Sitzungsorganisation für den Rat hin. Wir benennen außerdem mit dem großen Saal in der Stadthalle, dem Stadttheater und dem Metronom-Theater drei Optionen für Ratssitzungen, die ein dichtes Zusammensitzen ausschließen. Praktizierte Demokratie ist somit nicht standortabhängig!

Die Risiken und die Wahrscheinlichkeiten einer Ansteckung werden bei anderen Berufsgruppen mit engem zwischenmenschlichem Kontakt, beispielsweise Pflegedienstleister, Busfahrer und Kassenpersonal, auch weil systemrelevant, politisch-gesellschaftlich akzeptiert. Wir ordnen die Sitzungen des Rates der Stadt als demokratie-relevant ein!

Als weitere Begleiterscheinung dieser Entwicklung erleben wir eine öffentliche Debatte über das Verschieben der Kommunalwahl 2020, sowie einen Mangel an kritischen Fragen bezüglich einer zukünftigen Demokratieentwicklung?! So berichtet der Redaktionsleiter der WAZ Oberhausen, Peter Szymaniak, am 24.4.2020 über das Vorhaben zur neuen Aufgabe des Hauptausschusses, übernimmt aber scheinbar vorbehaltlos und unkommentiert die Argumentation der Begründung. Veränderungen einer gewachsenen Demokratie-Kultur und deren Institutionen ordnet er mutmaßlich, zu unserem Bedauern, als alternativlos ein. Am 25. 4. 2020 zitiert die WAZ auf ihrer Titelseite Oskar Wilde mit „Gesundheit ist die erste Pflicht im Leben.“

Wir schließen mit dem Aufruf an alle Ratsmitglieder, diesen Selbstverzicht des Rates abzulehnen und ausdrücklich zu missbilligen und entgegen mit dem Zitat von Benjamin Franklin: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“

Oberhausen, den 25. 4. 2020

Für den Kreisverband der AfD Oberhausen

Hartmut Mumm (1.Sprecher)